Frieden heisst Verständigung

Friede besteht zwischen Menschen und zwischen Gesellschaften, solange Meinungen und Interessen ausgetauscht, diskutiert und demokratisch entschieden werden.Wo dieser Austausch unmöglich ist, bricht das friedliche Zusammenleben der Staaten und der Menschen zusammen. Professionelles Medienschaffen ist eine Grundvoraussetzung der Freiheit - und des Friedens. Wo die Freiheit der Medien eingeschränkt wird, wo nicht mehr offen und kritisch über die Regierung oder über Regierungsmitglieder berichtet wird, wo Meinungen unterdrückt oder manipuliert werden, da ist die Freiheit bedroht - und damit auch der friedliche Wettstreit der Meinungen und das friedliche Zusammenleben der Menschen. Deshalb spielen Medien eine zentrale Rolle in der Friedensförderung und der Menschenrechtspolitik.

Im Rahmen ihres Engagements setzt sich die Schweiz ein für die Schaffung von Frieden und Sicherheit, für die Respektierung der Menschenrechte und für die Bekämpfung der Armut. Dabei setzt die Schweiz auf den Dialog mit den Regierungen, aber zugleich auch auf die Stärkung der Gesellschaft und ihrer Strukturen. Nur wenn die Gesellschaft über die Mittel und Wege verfügt, ihre Interessen auszudrücken und sie einzubringen, kann Demokratie leben. Und nur eine lebendige Demokratie wird das friedliche Zusammenleben der Menschen sichern. Ohne Demokratie keine Freiheit und ohne Freiheit kein Friede und keine menschliche Sicherheit.

Medien sind die Lehrbücher der Demokratie, denn in den Medien erfahren wir jeden Tag neue Ereignisse, lernen wir jeden Tag neue Meinungen kennen, bilden wir jeden Tag unsere Meinung neu. Und dies auf dem friedlichen und oft schwierigen Weg der Verständigung. Darum müssen Medien ihre Rolle wahrnehmen können als vierte Macht. Unabhängig von den Machtstrukturen des Staates und der Wirtschaft. Als Plattform, die Interessen offen legt, Meinungen hinterfragt, Positionen kritisiert - und die damit über die Verständigung unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Meinungen und Interessen ein gemeinsames Verständnis für unsere Welt und unsere Gesellschaft entstehen lässt.

Die medienhilfe hat diese Bedeutung der Medien früh begriffen und aufgegriffen. Angesichts der Kriege im ehemaligen Jugoslawien und den gesellschaftlichen Herausforderungen in den Transitionsprozessen Osteuropas hat sie konsequent diejenigen Medien unterstützt, die ihre Verantwortung für die Gesellschaft, für Demokratie und Frieden wahrnehmen, die sich für die Schwachen einsetzen, die sich den Mächtigen gegenüber kritisch verhalten. Für die, die versuchen, durch Professionalität unabhängig zu bleiben.

Unsere Zusammenarbeit und Unterstützung der medienhilfe hat die Friedensförderung der Schweiz gestärkt. Oft waren Medienschaffende und Partner der medienhilfe die Frühwarnsysteme, die gesellschaftliche Krisen früh erkannten und darüber berichteten. Der über die medienhilfe unterstützte oppositionelle Fernseh- und Radiosender B92 hat zum Beispiel eine wesentliche Rolle gespielt, der zum Sturz von Milosevic führte. Offene und kritische Medien sind ganz allgemein wichtige Partner, wenn es darum geht, über Friedensprozesse zu berichten, die jüngste Vergangenheit der Kriege aufzuarbeiten, Minderheiten zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen.

Die 15 Jahre Erfahrung der medienhilfe haben ihr eine Kompetenz verschafft, die als wesentlicher Beitrag in die Friedensförderung und in die Entwicklungszusammenarbeit einfliesst. Dass es der medienhilfe in den letzten Jahren gelungen ist, die Erfahrung aus dem ehemaligen Jugoslawien für die anderen Länder Osteuropas nutzbar zu machen, belegt den Wert dieser Kompetenzen. Und dass nun auch Medien im Nahen Osten und in Afrika nach einer Partnerschaft mit der medienhilfe fragen und sich aus diesen Anfragen neue Programme entwickeln, zeigt, dass es die medienhilfe auch die nächsten 15 Jahre braucht.

Ich gratuliere der medienhilfe zu ihrem 15. Geburtstag und hoffe, dass sie auch in Zukunft einen konstruktiven und produktiven Beitrag zu Frieden, Menschenrechten und Demokratie auf dieser Welt leistet.

Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin